

Rezension: Symbolische Gewalt: Politik, Macht und Staat bei Pierre Bourdieu

Pohlmann, Friedrich

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pohlmann, F. (2017). Rezension: Symbolische Gewalt: Politik, Macht und Staat bei Pierre Bourdieu. [Rezension des Buches *Symbolische Gewalt: Politik, Macht und Staat bei Pierre Bourdieu*, hrsg. von M. Hirsch, & R. Voigt]. *Totalitarismus und Demokratie*, 14(2), 335-337. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-69500-0>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Michael Hirsch/Rüdiger Voigt (Hg.), Symbolische Gewalt. Politik, Macht und Staat bei Pierre Bourdieu, Baden-Baden 2017 (Nomos), 233 S.

Dass die Rezension vieler Publikationen aus der sozialwissenschaftlichen Sektion hiesiger Universitäten reine Zeitverschwendung ist, weiß der Rezensent dieses Buches aus vielfacher Erfahrung, und er wird deswegen künftig Rezensionen immer eine Textlektüre vorausgehen lassen. Jedenfalls ist der vorliegende Band über das Staatsverständnis Pierre Bourdieus ein besonders abschreckendes Beispiel einer intellektuellen Niveaulosigkeit, die die Kennzeichnung „wissenschaftlich“ in keiner Hinsicht mehr verdient. Die Niveaulosigkeit ist so offenkundig, dass es eigentlich nur lohnte, den Symptomwert derartiger Bücher zu benennen; ihren Status als „Zeichen“ für das „geistige“ Klima in jenen institutionalisierten Refugien wirklichkeitsthobener Wirklichkeitsdeutung, denen sie entstammen.

Es soll in der Aufsatzsammlung also um Pierre Bourdieus Sichtweise staatlicher Herrschaft gehen, und die Herausgeber halten für gerechtfertigt, Bourdieu als Denker des Staates in eine Reihe mit Klassikern wie Machiavelli, Hobbes, Marx, Weber usw. und Staatstheoretikern der jüngeren Vergangenheit wie Carl Schmitt, Hans Kelsen oder Hermann Heller zu stellen. Gibt es aber irgendeinen staatssoziologischen Gedanken Bourdieus, der wenigstens eine Spur von Originalität aufweist? Der Begriff des Buchtitels, derjenige der „symbolischen Gewalt“, hört sich zunächst bedeutungsvoll an, und tatsächlich ist er auch der einzige bei Bourdieu, der ein eigenständiges Denkelement anzeigt. Freilich ist seine Eigenständigkeit nur eine solche des Namens und keine des gedanklichen Gehalts. Die Substanz des Begriffs ist vollkommen identisch mit Max Webers „Legitimationsglauben“, der – neben dem Monopol der physischen Gewalt – zweiten Säule staatlicher Herrschaft, jener Säule, ohne die ihr keine Dauer beschieden sein kann: Nur die Hegemonie über die soziopolitischen Leitideen einer Gesellschaft – ihre „Ideologie“ im weitesten Sinne – verschafft politischen Herrschaftsformen Stabilität, und deswegen versucht jede staatliche Herrschaft mittels Propaganda, Gesetzgebung und Massenmedien die Köpfe der Gesellschaftsmitglieder so zu imprägnieren, dass das Verinnerlichte letzteren als „alternativlos“ erscheint. Auf diesen Zustand kognitiver Fraglosigkeit spielt ein anderer bedeutungsschwer klingender Begriff Bourdieus an: das Wort „Doxa“, das nichts weiter meint als jene symbolischen Formen, die in einer Gesellschaft zu einer gegebenen Zeit als vollkommen selbstverständliche Konstruktionsprinzipien sozialer und politischer Wirklichkeit gelten. Jedenfalls ist die Herrschaft über die „Köpfe und Herzen“, über die zentralen politischen und metapolitischen Ideologien und Leitideen einer Gesellschaft – Gramscis „kulturelle Hegemonie“ – der wesentliche Stabilitätsanker politischer Herrschaft, und eine gegebene politisch-staatliche Herrschaftskonstellation beginnt zu zerbröseln, wenn ihr eben diese Herrschaft entgleitet. Dass derartige Gedanken nicht sonderlich originell sind, liegt auf der

Hand, aber sie bezeichnen nicht mehr und weniger als die Essenz von Bourdieus staatspolitischen Reflexionen.

Daraus lässt sich natürlich nicht viel machen, und es ist bezeichnend, dass keinem der Autoren Bourdieus intellektuelle Dürftigkeit auch nur ansatzweise bewusst ist. Elogen auf „den großen Denker“ ersetzen bei allen die kritische Nachfrage, und es kommt noch nicht einmal einem von ihnen in den Sinn, dass bereits Bourdieus Schlüsselbegriff – derjenige der „symbolischen Gewalt“ – ganz fragwürdig ist. Symbolische Gewalt ist gar keine Gewalt, sondern bezeichnet Machtformen, für die der Gebrauch des Gewaltbegriffs eigentlich unzulässig ist. Das kümmerliche Niveau der Beiträge zeigt sich schon allein an der Tatsache, dass noch nicht einmal auf der Ebene der Wortbedeutungen nach Klarheit gesucht wird.

Das Grundproblem aller Autoren war nun folgendes: Wie lässt sich einem Dürftigen, das noch nicht einmal als ein solches erkannt worden ist, ein buchfüllender Anschein von Bedeutung verleihen? Da auf der Ebene der Theorie Bourdieu nichts hergibt, blieb den Autoren gar nichts anderes übrig, als den Begriff der „symbolischen“ Gewalt durch Bezug auf soziopolitische Geschehnisse der jüngsten Vergangenheit mit Scheinevidenz auszustatten: Welche „symbolische Gewalt“ (sprich: Propagandarhetorik) wurde von welchen politischen Akteuren und Massenmedien etwa in der „Flüchtlingskrise“ oder bei der Durchsetzung von „Hartz IV“ angewendet? Was die Autoren dabei als „symbolische Gewalt“ markieren, ist übrigens fast durchgängig aus der Perspektive eines „progressiven“, „linken“, „emanzipatorischen“ Gesellschaftsbildes konzipiert – der Wissenschaftsbegriff der meisten Autoren ist also pure Ideologie.

Besonders abschreckende Beispiele derartiger ideologischer Wissenschaftsauffassungen sind die Beiträge von Stephan Lessenich/Philipp Rhein („Gesellschaftlich und kollektiv bindende Entscheidungen. Zum Verhältnis von Politik und Staat bei Pierre Bourdieu“), Margareta Steinrücke („Der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung als ein Kampf um symbolische Gewalt“), Marion Löffler („Transformationen männlicher Herrschaft. Symbolische Gewalt, Geschlecht und Staatlichkeit bei Pierre Bourdieu“) und Michael Hirsch („Symbolische Revolutionen und progressiver Etatismus. Pierre Bourdieus politisches Denken“). Lessenich, Professor für politische Soziologie in München, formuliert mit seinem Assistenten Philipp Rhein durchgängig Sätze wie den folgenden willkürlich herausgegriffenen: „Während sich wissenschaftliche Produktion zuallererst (und im Fall ‚reiner‘ Wissenschaft sogar allein) vor dem Urteil anderer Wissenschaftsproduzent*innen zu verantworten hat, ist das politische Feld – ähnlich dem religiösen – von der Anerkennung durch eine Öffentlichkeit jenseits der politischen Profession abhängig. So wie man einem Propheten folgen oder aber ihn ignorieren, wie man in die Kirche gehen oder ihr fernbleiben kann, so kann man als Adressat*in politischer Produktion deren Angebote annehmen oder eben auch nicht, der orthodox-etablierten Partei oder aber jener der vermeintlichen Alternative die Stimme geben.“ Das wissenschaftsideologische Niveau des Bandes fasst Michael Hirsch in seinem Schlussbeitrag prägnant so zusammen: „Eine wirklich radikale Demokratie hätte zunächst eine neue Doxa zu produzieren – im Bewusstsein davon, dass soziale Realität immer politisch pro-

duziert ist. Ihr Programm kann nur radikal demokratisch, egalitär, feministisch und ökologisch sein.“ Am Rande des Satzes findet sich ein kleiner Vermerk des Rezensenten. Er lautet: „Soso!“

Es ist vollkommen ausgeschlossen, dass derartige Bücher außerhalb des engen Milieus ihrer Herstellung jemals Aufmerksamkeit auf sich ziehen können. Bedauernswert sind nur die Lernenden, die in der universitären „Lehre“ damit konfrontiert werden.

Friedrich Pohlmann, Brombergstr. 8A, 79102 Freiburg.



Marcel Stepanek, Wahlkampf im Zeichen der Diktatur. Die Inszenierung von Wahlen und Abstimmungen im nationalsozialistischen Deutschland, Leipzig 2014 (Leipziger Universitätsverlag), 303 S.

Bekanntlich hatte der Nationalsozialismus vor 1933 das Institut der Wahl verhöhnt. Eine oft zitierte Aussage Joseph Goebbels' aus dem NS-Organ „Der Angriff“ von 1928 lautete: „Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns im Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen. Wir werden Reichstagsabgeordnete, um die Weimarer Gesinnung mit ihrer eigenen Unterstützung lahmzulegen. Wenn die Demokratie so dumm ist, uns für diesen Bären dienst Freifahrkarten und Diäten zu geben, so ist das ihre Sache.“¹ Das „Dritte Reich“, das mit dem Gesetz vom 14. Juli 1933 den Einparteiensstaat institutionalisierte, schaffte Wahlen zwar nicht ab, entleerte sie aber ihres Sinngehaltes.

Das zuweilen als heikel angesehene Thema Wahlen und Abstimmungen im „Dritten Reich“ stellt eine eigentümliche Forschungslücke dar, wohl nicht zuletzt wegen der schlechten Quellenlage.² Etwa: Sagen Resultate etwas über die Integrationskraft der Nationalsozialisten aus? Wie sind Fälschungen bei Wahlen und Abstimmungen nachzuweisen? Waren sie auch anfangs massiv? Peter Hubert, bezogen auf Wahlen, und Otmar Jung, bezogen auf Abstimmungen, haben sich dieser komplizierten Materie in den 1990er-Jahren angenommen.³ Nun

1 Joseph Goebbels, zitiert nach Uwe Backes, Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart, Göttingen 2006, S. 248.

2 Eine der ersten Untersuchungen stammte von Karl Dietrich Bracher, Plebiszit und Machtergreifung. Eine kritische Analyse der nationalsozialistischen Wahlpolitik (1933–1934). In: Max Beloff (Hg.), On the Track of Tyranny, London 1960, S. 1–44.

3 Vgl. Peter Hubert, Uniformierter Reichstag. Die Geschichte der Pseudo-Volksvertretung 1933–1945, Düsseldorf 1992; Otmar Jung, Plebiszit und Diktatur: die Volksabstimmungen der Nationalsozialisten. Die Fälle „Austritt aus dem Völkerbund“ (1933), „Staatsoberhaupt“ (1934) und „Anschluss Österreichs“ (1938), Tübingen 1995; ders., Wahlen und Abstimmungen im Dritten Reich 1933–1938. In: Eckhard Jesse/Konrad Löw (Hg.), Wahlen in Deutschland, Berlin 1998, S. 69–97.